

# Gillier Zeitung

Er scheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Preßernova ulica Nr. 5. Telefon 21. — Anzeigen werden in der Verwaltung gegen Berechnung billiger Gebühren entgegengenommen. — Druckerei: Für das Inland vierteljährig Din 10.—, halbjährig Din 20.—, ganzjährig Din 40.—. Für das Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern Din —.50

Nummer 38

Donnerstag den 11. Mai 1922

4. [47.] Jahrgang

## Das politische Ziel der Ententehilfe für Deutschösterreich.

(Wiener Brief.)

Deutschösterreich wird in der letzten Zeit neuerdings von einer außerordentlichen Teuerung heimgegriffen, die insbesondere in einer ständigen Erhöhung der Preise der Lebensmittel zum Ausdruck kommt. Namentlich die Steigerung der Fleischpreise war in der letzten Zeit eine ganz außerordentliche, indem sie gelegentlich auf mehr als das Doppelte gingen. Heute kostet das Kilogramm Rindfleisch 3000 Kronen und mehr.

In den letzten Monaten des Vorjahres waren die Fleischpreise etwas gesunken, während die Preise für die Ersatznahrungsmittel, etwa für Hülsenfrüchte und Kartoffeln, gleichzeitig in die Höhe gingen. Das hat es mit sich gebracht, daß sich die Einzelwirtschaften wieder mehr diesem Nahrungsmittel, das sie schon wegen seines besonderen Nährwertes bevorzugten, zuwendeten. Jetzt auf einmal wurde in wenigen Wochen durch das Hinausschnellen der Fleischpreise beim gleichzeitigen Hochstande der Preise für Kartoffel und Grünkohl die allmähliche Verbesserung der Ernährungsverhältnisse wieder zunichte gemacht. Eier und Milch sind schon seit dem Kriege Luxusartikel und heute für den Mittelstand fast unerschwinglich. Ein Ei kostet gegen 150 Kronen, ein Liter Milch über 300 Kronen und ist auch um diesen Preis nicht mehr zu erhalten. Ja, selbst ein gewiß nicht hochwertiges Nahrungsmittel wie Kraut kostet schon im Großverkauf 350 Kronen pro Kilo-

gramm. Hierbei wird von der Verteuerung ganz abgesehen, welche die eingeführten Lebensmittel, wie Reis, Kaffee, Cacao, Zucker u. a. m. infolge des andauernden Rückganges der Krone erfahren haben. Es hat sich eben die Kreditpolitik, auf die sich unsere Regierung so ganz eingestellt hat, durchaus nicht bewährt. Man braucht, um dies zu erkennen, nur den Preis einer auf dem Weltmarkt ziemlich stabilen Valuta, wie des holländischen Guldens, zum Vergleiche heranziehen. Im Juni des vorigen Jahres, also unmittelbar nach dem Amtsantritte des jetzigen Bundeskanzlers Schöber waren 100 holländische Gulden gleich 24.000 Kronen. Bei Uebernahme der Geschäfte durch den jetzigen Finanzminister im Oktober waren sie gleich 98.000 Kronen; vor einer Woche standen sie auf 290.000 und heute über 300.000 Kronen.

Der Wirtschaftsjachmann wird sich mit dieser bloßen Feststellung einer Steigerung der Valuta und der Devisen vielleicht begnügen. Er wird, wenn er sich z. B. mit der Steigerung der Fleischpreise beschäftigt, auch noch andere Momente zur Erklärung in Betracht ziehen, wie die Ausfuhr von Vieh und Fleisch auf Deutschösterreich, das Deutsche Reich und die Tschechoslowakei einwirkt, die trotz des bestehenden Ausfuhrverbotes gerade in der letzten Zeit stark zugenommen hat. Namentlich wird der Wirtschaftsjachmann auf das von der ungarischen Regierung in den allerletzten Tagen erlassene Viehaustrittsverbot verweisen, das den Austrieb auf den Wiener Schlachthof ganz wesentlich minderte. Der Politiker aber wird sich mit diesen bloßen Feststellungen nicht begnügen können. Er wird tiefer gehen und auch nach den staatspolitischen Beweggründen suchen müssen, welche die Wirtschaftspolitik der deutsch-

österreichischen Regierung bestimmt. Dabei wird es sich zeigen, daß gerade das ungarische Viehaustrittsverbot nicht bloß eine Folge der gegen Ungarn gerichteten Reparationsforderungen der Entente ist, sondern daß dieses Verbot auch eine Gegenmaßnahme der Budapest Regierung gegen die hohen österreichischen Weinzölle darstellt. Daß durch die von der österreichischen Regierung jetzt wieder ohne jede vorherige Verständigung der maßgebenden wirtschaftlichen Kreise plötzlich verordnete Erhöhung des 700 prozentigen Aufschlages auf die Friedenszollsätze bis zu einem Aufschlag von 1000 Prozent die Teubenz zu Gegenmaßnahmen in den Nachbarstaaten Deutschösterreichs weiter verstärken muß, ist zu selbstverständlich, als daß es näher ausgeführt werden müßte.

Diese von der deutschösterreichischen Regierung geübte Art der Wirtschaftspolitik ist so gut wie ausschließlich von dem Diktate der Entente bestimmt. Bei allen einschneidenden Steuermaßnahmen und insbesondere auch bei dieser letzten Erhöhung des Zollertrages hat die österreichische Regierung selbst auf dieses Diktat hingewiesen, das als Voraussetzung für die Gewährung von Krediten, ja sogar für das Flüssigmachen von angeblich schon bewilligten Krediten, die Bedingung stellt, daß alle Steuern und auch die Zolleinnahmen erheblich erhöht werden. Es sind also diese anscheinend rein wirtschaftlichen Gebieten angehörenden Maßnahmen tatsächlich Maßnahmen der Außenpolitik, welche die Entente uns gegenüber betreibt. Es steht außer Frage, daß die Entente durch ihre Haltung Oesterreich gegenüber den Zweck verfolgt, die Lebensverhältnisse zu verschlechtern, die Produktionskosten zu erhöhen und durch gelegentliche Darlehen lediglich einem allzu-

## Die Verhinderung von Mitteleuropas Wiederaufbau.

Nach der Einstellung der Feindseligkeiten entsandten die Verbandsmächte eine große Zahl von Militär-, Marine-, Luftfahrts-, Finanz-, Lebensmittelkommissionen und so fort nach Deutschland, Deutschösterreich, Ungarn und Bulgarien. Diese Missionen sind in ihrer Auswirkung viel verderblicher, als allgemein angenommen wird. Die nach Deutschland entsandte Wiederherstellungskommission besteht aus 271 Personen, sie kostet monatlich 32 Millionen Mark. Die Kontrollkommission, die Deutschlands Entwaffnung durchführt, besteht aus 1569 Personen und kostet nicht weniger als 23 1/2 Millionen Mark monatlich. Die Jahreskosten des französischen Generals und Vorsitzenden der Kontrollkommission, berechnet nach dem gegenwärtigen Markkurs, betragen:

Heimatgehalt als Divisionsgeneral rund	33.000 Fr.	740.200 M.
Zulagen in Deutschland		786.000 M.
Kosten der persönlichen Unterkunft		360.000 M.
Insgesamt		1.886.200 M.
Der englische General bezieht	45.120 sh	2.473.500 M.
Zulagen in Deutschland		786.000 M.
Unterkunft		360.000 M.
Insgesamt		3.619.500 M.
Ein einfacher englischer Soldat, Ordnungsober oder Schreiber bei der Kommission, erhält:		
Heimatlohnung	4500 sh	240.700 M.
Zulage für Deutschland		115.920 M.
Insgesamt		356.620 M.

Trotzdem ihre Aufgabe längst durchgeführt ist, hat ihr Personenbestand keinerlei Verminderung erfahren. Ihr Bestand wird immer noch aufrechterhalten, „weil von Zeit zu Zeit verstreute Waffen in Deutschland entdeckt“ würden. Die periodisch auftauchenden Geschichten von neuentdeckten Waffen sind regelmäßig aufgedunsen, die stets behauptete Mittäterschaft der deutschen Regierung blieb unerwiesen. Die Gesamtkosten dieser Kommissionen in Deutschland einschließlich der Kosten der Truppen in Schlesien betragen sich auf 1800 bis 2000 Millionen Mark jährlich. Wenn man dieser Summe die Ausgaben für das Besatzungsheer hinzurechnet, so gelangt man vollends zu phantastischen Zahlen.

In Oesterreich steht es nicht viel anders. Eine riesige Schar von männlichen und weiblichen Beamten begab sich im Frühjahr 1920 nach Wien, um zu untersuchen, welche Entschädigungen bezahlt werden können. Sie blieben ein ganzes Jahr in Wien; die Kosten betragen 7 1/2 Millionen (Millarden?) Kronen. Von dieser Summe hat die deutschösterreichische Regierung nur ein Drittel bezahlt, die übrigen zwei Drittel mußten die Verbündeten schließlich aus eigener Tasche bezahlen.

Die Finanzlage in Ungarn ist ebenso verzweifelt, jedoch sind in genau demselben Umfange Kommissionen dorthin entsandt worden. Die maritime Stärke Ungarns beläuft sich auf vier, mehr oder weniger veraltete Patrouillenboote auf der Donau. Trotzdem wird geplant, eine Marinekommission nach Ungarn zu entsenden, die aus vier Admiralen besteht, um Ungarn zu entwaffnen. Der militärische Teil der Kommission soll aus 250 bis 300 Personen bestehen und mehr als das gesamte ungarische Heer von 35.000 Mann kosten. Die Heeres-

überwachungskommissionen arbeiten ähnlich. Während der ersten sechs Monate hat sie 250 Millionen ungarische Kronen gekostet. Ein britischer gewöhnlicher Soldat, der zu dieser Kommission gehört, empfängt in einem Monate an Gehalt und Zuschüssen ebensoviel, wie der ungarische Ministerpräsident in einem Jahre. Die ganze Kommission kostet 10 Millionen ungarische Kronen. Die Wiederherstellungskommission mit einem Sekretär und zwei oder drei Gehilfen hat im Laufe eines Monats in Ungarn für Büro- und Möblierungszwecke viele Millionen ausgegeben, ihre augenblicklichen Ausgaben werden auf nicht weniger als 100 Millionen ungarische Kronen monatlich geschätzt.

Bulgarien, das ebenso wie Ungarn mit einem riesigen Fehlbetrag zu kämpfen hat, wird gleichfalls von Kommissionen heimgegriffen. Die Militärkommission besteht aus einem Vertreter aller Großmächte; sie hat nichts zu tun, als große Ausgaben zu machen. Ein Maschinenschreiber dieser Kommission empfängt zweieinhalbmal soviel als ein bulgarischer Minister. Die Wiedergutmachungskommission, die im März 1921 in Bulgarien eintraf, besteht aus etwa 40 Personen, ausschließlich der bulgarischen Angestellten. Sie nimmt die besten Wohnungen in dem an Wohnungsmangel leidenden Sofia für sich in Anspruch. Deren Möblierung kostete eine Riesensumme, da z. B. eine der Abordnungen in Bulgarien auf Kosten der bulgarischen Regierung ein Klavier aus Wien kommen ließ. Sie hat sogar der bulgarischen Regierung die Rechnung für das Stimmen des Klaviers übersandt. Bulgarien hat für diese Kommissionen im Zusammenhang mit den Kosten für die Verbandsstruppen nicht weniger als 720 Millionen Franken ausgegeben.

raschen Fallen der Valuta vorzubeugen, ohne jedoch die Möglichkeit zu einer tatsächlichen Konsolidierung zu bieten. Es liegt da eine Analogie zu der von der Entente gegenüber dem Deutschen Reich geübten Politik vor, wie sie sich in der letzten Zeit, insbesondere in der Forderung darstellt, daß Steuerertragnis noch um 60 Milliarden Mark über das Steuerkompromiß hinauszutreiben. Hier und dort handelt es sich der Entente darum, den Export lahmzulegen und das Deutsche Reich ebenso wie Deutschösterreich in wirtschaftlicher und damit auch politischer Abhängigkeit zu erhalten. Immerhin befindet sich Deutschland noch in einer wesentlich günstigeren Lage als Deutschösterreich. Ganz abgesehen davon, daß es eine ganz ungleich größere Widerstandskraft gegenüber allen Diktaten der Ententemachtiger aufzubringen imstande ist, erscheint ihm eine gewisse Bewegungsfreiheit infolge der in der deutschen Frage zwischen London und Paris bestehenden Gegensätze gewährleistet. Gegenüber dem Deutschen Reich sucht England, wenn auch nicht immer mit der wünschenswerten Festigkeit einen vollständigen Verfall der deutschen Kaufkraft zu verhindern. Um Deutschösterreich kümmern sich aber die Engländer nicht anders, als die Franzosen es tun. Beide Staaten haben hier kein anderes Interesse als das der vollkommenen Niederhaltung. Unter diesen Umständen ist Deutschösterreich immer wieder auf die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den Nachfolgestaaten, insbesondere der Tschechoslowakei angewiesen, die ihre Machtmittel natürlich rücksichtslos ausnützen. Wenn also die englisch-französischen Kredite Deutschösterreich keine Gesundung bringen, was ja auch gar nicht im Plane liegt, so wird das Deutsche Reich der österreichischen Politik und Wirtschaft eine ganz andere Aufmerksamkeit entgegenbringen müssen. Die Regierung Schöber versichert zwar immer wieder, daß ein Eintritt Deutschösterreichs in die kleine Entente nicht bevorstehe. Auf den formalen Eintritt kommt es aber in Wirklichkeit auch gar nicht an; in tatsächlicher Beziehung sind dagegen von ihr alle vorbereitenden Schritte gemacht, um Deutschösterreich einem System von Staaten anzugliedern, die dem Deutschen Reich nicht wohlgesinnt sind. Dies zu verhindern, ist nicht nur unser Lebensinteresse, sondern auch das des Deutschen Reiches.

Dieser Bericht stammt nicht etwa aus den Ministerien ausgesogener Staaten, er wurde vielmehr in London am 7. März 1922 im Oberhause von Lord Newton erstattet. Lord Newton versäumte auch nicht, die Folgerungen aus diesen erschütternden Zahlen zu ziehen. Er sagte: „Solange England oder Frankreich ihre Politik durch ihre Sensationspresse kontrollieren lassen, besteht keine Aussicht darauf, daß Kommissionen dieser Art vermindert werden,“ und der Anblick dieser Kommissionen, die auf dem Bankrott der Völker gedeihen, ist eines der widerlichsten Bilder, die man sich vorstellen kann. In der Wechselrede gab Lord Phillimore der Hoffnung Ausdruck, daß die Rede Lord Newtons die Regierung dazu bewegen werde, Abhilfe zu schaffen. „Es wird ein großer Gewinn für den Frieden der Welt sein, wenn die Geschäfte dieser Kommissionen liquidiert und wenn sie so bald als möglich zurückgezogen würden.“

Die Auswirkung dieser Kommissionen und der militärischen Besatzungskosten auf den Wiederaufbau Europas und die Fähigkeit der vormals verbündeten Staaten Mitteleuropas, „Wiedergutmachungs“-zahlungen zu leisten, sind nicht leicht zu berechnen. Sie ruinieren Europa nicht nur finanziell, sondern auch moralisch. Einen Anhaltspunkt geben immerhin die geldlichen Leistungen Deutschlands und ihre Verwendung. Der „Tempo“ vom 7. März berechnet diese in Goldmark folgendermaßen:

1. Leistungen in bar, an Sachlieferungen und unmittelbar an die Besatzungsarmeen bis 1. Mai 1921 nach vorläufiger Schätzung 7500, 2. Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten, soweit es nicht in Geld eingekauft wurde, 2500, 3. Zahlungen und Lieferungen

## Politische Rundschau.

### Inland.

#### Die Obergespans für Slowenien.

Wie sich die Ljubljauer Jugoslawija aus Beograd melden läßt, soll der Ministerrat mit Rücksicht auf die Zweiteilung Sloweniens die Obergespans für Ljubljana und Maribor bereits ernannt haben. Obergespans des Ljubljauer Verwaltungsgebietes soll der demokratische Abgeordnete Dr. Albert Kramer, Obergespans von Maribor Dr. V. Kufovec werden. Die Ernennungsdekrete werden dem Könige nach seiner Rückkehr aus Oberkain, wo er auf seiner Heimreise von Paris kurzen Aufenthalt genommen hat, zur Unterschrift vorgelegt werden. Die Gewähr für die Richtigkeit dieser Nachricht muß dem zitierten Blatte überlassen werden.

#### Zur Frage der Spitäler.

Wie aus Beograd gemeldet wird, wurde auf der Sitzung des parlamentarischen Finanzausschusses vom 6. Mai über die Voranschläge des Ministeriums für Volksgesundheits- und des Außenministeriums verhandelt. Die Beschlüsse, die dabei gefaßt wurden, haben den in der letzten Zeit in der slowenischen Presse aufgetauchten Besorgnissen um den Weiterbestand der Spitäler Sloweniens den Boden entzogen. Es soll der Bestand aller Krankenhäuser nicht nur in Slowenien, sondern auch in den anderen Provinzen des Königreiches gesichert sein. Von den besonderen Ausgaben wurden eine Million Dinar zur Aufbesserung der Krankenkost bewilligt. Eine gewisse Einschränkung bedeutet der vom Referenten Dr. Stampar eingebrachte und gegen den Protest des jugoslawischen Klubs angenommene Antrag, daß das Angestelltenpersonal der slowenischen Spitäler herabgesetzt und die dadurch freiwerdenden Kräfte anderen Spitälern zugeteilt werden sollen. Es wurde beschlossen, mit 1. Jänner 1923 alle Spitäler in die staatliche Verwaltung zu übernehmen. Für Slowenien wurden im Staatsvoranschlage 22.455.930 Dinar gegen 12.520.115 Dinar des ersten Entwurfes angelegt. Die Regierungsmehrheit nahm in derselben Sitzung den Voranschlag für das Außenministerium an, der die Summe von 34.312.197 Dinar betrug und auf Antrag des Referenten Dr. Krizman um 2.593.292 Dinar erhöht wurde. Die Abgeordneten Dr. Dulbič und Šebot stimmten im Namen des jugoslawischen Klubs dagegen.

#### Die Ausweisung des Generals Wrangel.

Wie die Groß-Betschereker Neue Zeit meldet, hat die Regierung General Wrangel erlucht, Jugoslawien zu verlassen. General Wrangel fragte bei den bulgarischen Behörden an, die ihm jedoch die Einreisegewilligung verweigerten. Wie verlautet, soll

in Natura vom 1. Mai bis 31. Dezember 1921 1400, insgesamt 11.400 Millionen Goldmark.

Diesen Einnahmen der Verbandsmächte stellt der „Tempo“ folgende Ausgaben gegenüber:

1. Für die Lebensmittelversorgung und die Rohstoffkäufe Deutschlands auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages 3800, 2. für Rückerstattung der Vorkasse von Spa 390, 3. Besatzungskosten bis zum 1. Mai 1921 3160, 4. Zahlungen in Papiermark und Leistungen verschiedener Art an die Besatzungsarmeen bis 1. Mai 1921 1080, 5. Ausgaben für die verbündeten Kommissionen, die zu Lasten Deutschlands gehen, 110, insgesamt 8540 Millionen Goldmark. Der „Tempo“ fügt hinzu, daß in dieser Aufstellung die Ausgaben für die Besetzung seit dem 1. Mai 1921 nicht berechnet sind.

Wenn wir also die Besetzungsausgaben vom 1. Mai 1921 bis Dezember 1921 gering mit 1250 Millionen Goldmark berechnen, dazu die Nachforderung der Vereinigten Staaten von 241 Millionen Dollar mit 1000 Millionen Goldmark hinzuzählen, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Verbandsmächte dem Deutschen Reich für Kommissionen und Besetzungen insgesamt 6500 Millionen Goldmark in Rechnung stellen werden; also das heißt nichts anderes, als daß mehr als die Hälfte aller Zahlungen Deutschlands, die der „Tempo“ bis 31. Dezember 1921 auf 11.400 Millionen Goldmark berechnete, für diese Kommissionen und die militärischen Besetzungen draufgehen. Die Eintreibungskosten, die der Besetzte zu zahlen hat, betragen also 50 Prozent! Das ist heller Wahnsinn, der nicht nur die Besetzten, sondern ganz Europa ins Unglück stürzen wird. (Deutsches Volksblatt.)

die bulgarische Regierung die Entwaffnung aller auf bulgarischem Territorium befindlichen Russen angeordnet haben. Das bulgarische Ministerium des Äußeren wandte sich an die Sowjetregierung in Moskau mit der Anfrage, ob diese nicht gewillt wäre, Wrangel und seine Armee zu amnestieren.

#### Die Abgrenzung gegen Ungarn.

Auf einer der letzten Ministerratsitzungen wurde der Bericht der Delegierten in der Grenzbestimmungskommission zur Kenntnis genommen. Die Grenze wurde streng nach dem Vertrage von Trianon gezogen. An Jugoslawien fallen einige von den Ungarn besetzte Gemeinden in der Baranya, während ein Viertel des Stadthotter (Ackerboden der Stadt und der Bevölkerung) von Subotica und die Bahnstation Ober-Kelebija Ungarn zugesprochen wurden. Die jugoslawischen politischen Kreise sind mit der Abgrenzung im allgemeinen zufrieden.

#### Lloyd George als Mittler zwischen Jugoslawien und Italien.

Wie aus Beograd berichtet wird, hat Lloyd George die Vermittlerrolle zwischen Jugoslawien und Italien in der Adriafrage auf sich genommen. Dr. Rindić weilte am 7. Mai längere Zeit beim englischen Ministerpräsidenten. Man glaubt, daß sowohl die Haltung der kleinen Entente bezüglich des russischen Problems als die Vermittlung Lloyd Georges zur Herbeiführung eines annehmbaren Vergleiches im jugoslawisch-italienischen Streite besprochen wurde.

### Ausland.

#### Der amerikanische Beobachter in Genua über das Reparationsproblem.

Der als Beobachter Amerikas in Genua weilende Finanzmann Frank Vanderlip äußert sich in einem Artikel in der Wiener Neuen Freien Presse über das Reparationsproblem in der Hauptsache wie folgt: Trotz des Vorranges, den die russische Frage in Genua gewann, ist Rußland dennoch nicht der Kern des europäischen Problems, da Rußland selbst unter den günstigsten Verhältnissen nicht vor einem Jahrzehnt, wahrscheinlich aber noch später, auf der Wirtschaftskarte Europas wieder voll zur Geltung gelangen kann. Das drängende und bedrohliche Problem liegt also nicht in Rußland; es liegt in Deutschland. Von welcher Seite immer man die Lage betrachten mag, die Reparationsfrage erhebt sich über alle anderen Symptome. Bleiben die Reparationsforderungen ungeändert, ist der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands unausbleiblich. Die Lage Deutschlands ist nicht nur eine deutsche Frage; ihre größte Gefahr liegt in der Möglichkeit weiterer Anstedung. Sie kann Frankreich zu gewaltigen Schritten verleiten. Ihre Ordnung ist daher ungleich wichtiger als die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu dem zugrundegerichteten Rußland. Wenn die Franzosen nicht noch nachgeben und Verhandlungen über die Reparationen in irgendeiner Weise zulassen, werden sich wahrscheinlich sehr schwere Folgen ergeben. Es ist eine Lebensfrage für England, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa wieder ins Gleichgewicht kommen. Dies kann aber nicht geschehen, solange Deutschland eine offene, ansteckende Wunde im Zentrum Europas bildet. Wenn Frankreich beim Kurse verharret, der ihm durch sein vermeintliches Eigeninteresse geboten erscheint, wird es sich politisch isolieren. Wenn es ins Ruhrgebiet geht, wird es wahrscheinlich allein gehen. Das Sturmszentrum der europäischen Lage ist am Rhein, nicht an der Wolga.

#### Tschitscherin und Lloyd George in Genua.

Der durch die Besonnenheit und Einsicht seiner politischen Schriften Weltruf geniehende Engländer John Maynard Keynes beschreibt in einem Artikel, den wir auszugsweise verwenden, die Lage der Konferenz von Genua und die Erfolge von Lloyd George und Tschitscherin. Er meint unter anderem: Zwei Verhandlungskomplexe beherrschten bisher das Feld, der französische und der russische. Vom diplomatischen Standpunkte aus muß man sagen, daß Lloyd George Wunder gewirkt hat. Sein persönliches Prestige in Genua ist außerordentlich groß. Kein Staatsmann in Europa spricht mit ihm auf gleichem Fuße oder erhebt auch nur den Anspruch darauf. Er schießt, wie es ihm paßt, nach diesem oder jenem, und sie kommen und gehen. Angesichts dieser überragenden Stellung hat es sich auch keine europäische Macht, mit Ausnahme Belgiens, herausgenommen, den Franzosen ernste Unterstützung zu leisten. Das Abschwenken Polens und der kleinen

Entente von der Interessensphäre Frankreichs war eine der bemerkenswertesten Erscheinungen der Konferenz. Die Bande der Sympathie und der politischen Gemeinschaft zwischen England und Italien sind sogar noch fester geknüpft worden als vordem. Durch Drohungen und Schmeicheleien, durch Geschicklichkeit und kluge Energie hat Lloyd George das Konferenzschiff soweit gebracht und gestoßen, daß in der vierten Woche Rußland ein Dokument überreicht werden konnte, das einen Ausgangspunkt für vernünftige Unterhandlungen abgeben kann. Wird Tschitscherin das schlucken, was die Köche mit Mühe und Not zusammengebraut haben? Die Bolschewiken fühlen keine moralische Verantwortlichkeit, sie lassen sich nur durch Lockmittel gewinnen. In erster Linie sind solche die Anspielungen auf etwaige Kredite. Wenn aber Rußland in nächster Zukunft alles in allem fünf oder zehn Millionen Pfund erhielt, wäre das schon überraschend viel, indes kann es auch sein, daß es gar nichts bekommt. Das ist alles, was wir ihm außer freundlichen Worten bieten. Kommt aber der Kredit auch nicht zustande, so wird Tschitscherin trotz allem mit Würde und gesteigertem Ansehen heimkehren können. Er hat seinen Vertrag mit Deutschland in Sicherheit gebracht; er hat sich inmitten der europäischen Staatsmänner als gewandt und geliebt erwiesen und hat auf den verhassten Altären des Kapitalismus nichts zu opfern gebraucht. Unter der Regie des deutschen Abkommens wird der Handel Annäherungsversuche machen und schließlich wird jedes Land, auf Handelsvorteile hoffend, eines Tages die Schuldenfrage beiseite schieben. — Den Weg zum Memorandum an Rußland und dieses selbst kennzeichnet John M. Keynes folgendermaßen: Die geistigen Häupter in Genua erschöpften sich ganz und gar in diplomatischen Schlägen und Formeln, kümmernten sich aber nicht um den Kern des russischen Problems. Das Projekt, in seine Elemente aufgelöst, ist im wesentlichen nur Formelkram und ganz und gar kein Feldzugsplan.

**Der großen Entente Ende?**

Wie der Chefredakteur der Londoner Times aus Genua berichtet, hat sich Lloyd George in seiner letzten Unterredung mit dem Präsidenten der französischen Delegation Barthou der schärfsten Ausdrücke bedient. Der Eindruck, den seine Worte hervorriefen, war der, daß das Bündnis zwischen England und Frankreich zerbrochen ist. England hält dafür, daß es nun neue Freunde suchen und neue Bündnisse schließen könne. Lloyd George erklärte, er halte es für nötig, sich mit Deutschland zu verständigen, und dies auch in dem Falle, als England auf die Kriegsschuldigung verzichten müßte. Frankreich habe sich bei der Wahl zwischen England und Belgien für Belgien entschieden. Es sei auf Belgiens Seite getreten, obwohl der Nutzen, den es von Belgien habe, nicht mit der englischen Freundschaft verglichen werden könnte. Von nun an müsse Frankreich mit Belgien allein gehen; es möge den Nutzen wohl bedenken, den es davon haben werde. Die öffentliche Meinung in England sei den Franzosen nicht günstig und seine (des Ministerpräsidenten) Ratgeber, besonders der Lordkanzler Birkenhead, hätten geraten, das Bündnis mit Frankreich zu zerschlagen. Unzählige Zuschriften aus England enthielten das gleiche. In Wirklichkeit sei er (Lloyd George) fast der einzige Freund, den Frankreich in England habe. Jetzt aber werde er seinen Blick in eine andere Richtung wenden.

**Die Tschechoslowakei und Frankreich.**

Ein tschechisches Blatt schreibt: „Wir müssen zugeben, daß sich für uns die Lage verschlechtert hat. Gegen Süden und Osten sind wir durch die kleine Entente hinlänglich gesichert. An einen Krieg gegen uns denken die Polen dank Deutschland und den Bolschewiken vorläufig nicht im geringsten trotz der bisher noch nicht in Abrede gestellten Aeußerung Pilsudskys, daß ein Krieg gegen die Tschechen in Polen besonders vorkämblich wäre. Bleibt bloß Deutschland übrig. Es wäre also nötig, einen militärischen Defensivvertrag mit dem republikanischen Frankreich abzuschließen, welches um nichts realtionärer ist als die Königreiche Südslawien und Rumänien, mit denen wir bereits Defensivverträge abgeschlossen haben. . . . Durch einen Defensivvertrag mit Frankreich würde sich an der gegenwärtigen Lage nichts ändern. Die Kommandanten unserer Armee sind ohnehin Franzosen. Es würde sich bloß die Form ändern, und zwar zu unserem Vorteile. Unsere Pflichten und Forderungen wären streng formuliert,

Forderungen, die darüber hinaus an uns gerichtet würden, könnten wir glatt ablehnen. . . . Der Vertreter Frankreichs im Obersten Rate der Verbündeten, M. Cambon, Verwaltungsrat der Standard Oil France-American hat keinen Schritt für uns ohne verhältnismäßig hohe Kompensationen getan. Man muß nur an die Lieferung von Geschützen und Flugzeugen, an den Zucker, das Naphthamonopol, den Handelsvertrag mit dem Luxuskontingent, die Holzgesellschaft, die Expedition tschechischer Arbeiter in die verwüsteten Gebiete, die französische Militärmission usw. erinnern. Die Defensivkonvention läme uns viel billiger als der gegenwärtige Zustand, sie würde nicht zwei Milliarden jährlich kosten!“ Die Tschechoslowakei scheint demnach dauernd recht erhebliche Befreiungsgebühren an Frankreich zahlen zu müssen.

**Die „wilden, heidnischen Magyaren“.**

Die ungarische Unerlöstenpartei, die in der kriegerischen Eroberung der durch den Weltkrieg verloren gegangenen Gebiete der ungarischen Krone ihr Ziel sieht, tritt nicht nur in der Provinz, sondern auch in der Hauptstadt immer bestimmter auf den Plan. Nachdem bereits die der nächsten Umgebung Hortkys angehörnden Parteimitglieder Feldvikar Stephan Zabravec, Oberst Pronay, Karl Wolff kriegerische Reden gehalten hatten, trat vor einigen Tagen der Abgeordnete Nandor Urmancy in einer Versammlung der Vaterlandsverteidigungspartei auf und sprach: „Großungarn kann und muß wieder ausgerichtet werden, und zwar bald. Das Ungarn hat Kraft genug, Großungarn von seinen Feinden mit der Waffe in der Hand in kürzester Zeit zurückzuerobern. Dies kann nur durch selbstbewußte Arbeit und starken Willen erreicht werden. Seien wir entschlossene, auf unsere Kraft vertrauende, die Abrechnung mit den Waffen ungeduldig fordernde, von Rachegefühl faturierte, wilde, heidnische Magyaren.“ — Wie aus Budapest gemeldet wird, sind infolge der Anerkennung Ottos als Oberhaupt des Hauses Habsburg durch Erzherzog Friedrich die Schranken gefallen, die diesen, seinen Sohn Albrecht, Hortkys und Gömböcs von den Legitimisten getrennt hatten. Die Ausöhnung ist vollkommen und fand auf einer Versammlung in Budapest ihren Ausdruck, an der Erzherzog Friedrich, sein Sohn Erzherzog Albrecht, Graf Bethlen, der Minister Klebelsberg, Gömböcs, Erzherzog Josef und die Gemahlin des Erzherzogs Friedrich Isabella teilnahmen. Es wurde beschlossen, nach der Wahl des Nationalrates diesen als Abgeordnetenhaus zu erklären, das Oberhaus ins Leben zu rufen und unverzüglich zur Wahl des Paladins zu schreiten. Als solcher kommen in Betracht: Erzherzog Friedrich selbst oder sein Sohn Albrecht. Die Wahlen für den Nationalrat werden am 28. Mai in der Provinz und am 1. Juni in Budapest stattfinden.

**Aus Stadt und Land.**

**Zur Trauung des Königs.** Prinzessin Mariola und die rumänische Königsfamilie werden die Reise zur Trauung nach Beograd auf dem ungarischen Schiffe „Sophia“ antreten. Unser Syndikat verfügt zwar über einige Luxusfahrzeuge, aber keines davon ist für eine solche Reise eingerichtet, da sie keine Schlafkabinen haben. Der Name „Sophia“ wird mit Blumen verdeckt und darüber kommt die Aufschrift „Königin Marie“. Die erste Nacht verbringt die Königsfamilie in Turn-Severin und fährt dann durch das Eisener Tor nach Beograd. Kapitän und Mannschaft des Schiffes werden von Jugoslawien beigegeben, auch wird das Schiff die jugoslawische Flagge führen.

**Das erste jugoslawische Kriegsschiff in Split.** Am 6. Mai ist in den Hafen von Split das erste jugoslawische Kriegsschiff „Galeb“ eingelaufen. Es wurde von der Bevölkerung begeistert begrüßt. Die Stadt war in Farben.

**Pressenachricht.** Der bei unseren schwäbischen Landsleuten in der Wojwodina hochgeschätzte Schriftleiter des in Großbeschkerel erscheinenden Tagblattes „Neue Zeit“, Herr Johann Kels, hat infolge persönlicher Umstände die Hauptredaktion dieses Blattes zurückgelegt. An seine Stelle tritt Herr Stephan Himmelreich, ein deutschösterreichlich orientierter Berufsschriftsteller. Herr Kels wird seine bewährte Kraft auch weiterhin im Dienste der Partei der Deutschen zu Ruh und Frommen seiner Landsleute wirken lassen.

**Straßenpolizeiordnung und öffentliche Reinlichkeit.** Die Bezirkshauptmannschaft Celje (Polizeiabteilung) verlauntbart: Mit Bezugnahme auf die Bestimmungen der Paragraphen 40 und 41 der Straßenpolizeiordnung für die Stadt Celje,

Nr. 86/pref. vom 20. Juni 1890, deren Gültigkeit noch in vollem Umfange besteht, werden alle Hausbesitzer und deren Administratoren aufmerksam gemacht und aufgefordert, dafür zu sorgen, daß sich an regnerischen Tagen nicht Pfützen auf den Gehsteigen (Trotoiren) vor den Häusern ansammeln. Die Trotoire sind bei Regen wiederholt von Pfützen zu reinigen. Uebertretungen dieser Bestimmung der Straßenpolizeiordnung werden nach § 11 der kais. Verordnung vom 20. April 1854, R. G. Bl. Nr. 96, in Verbindung mit dem Artikel II der Regierungsverordnung vom 16. Dezember 1919, Amtsblatt Nr. 809, mit Strafen von 10 bis 1000 Dinar zugunsten des Ortsarmenfonds bezw. mit Arrest von 6 Stunden bis 14 Tagen bestraft.

**Hundekontumaz.** Der Stadtmagistrat Celje verlauntbart: Da in der Nähe der Stadt neuerlich ein Fall von Tollwut aufgetreten ist, wird im Sinne des § 42 des Gesetzes vom 6. August 1896, R. G. Bl. 177, über den Bereich der Stadt Celje die Hundekontumaz verhängt. Alle Hunde müssen vom heutigen Tage (4. Mai) an ausnahmslos so gesichert sein, daß jede Verletzung von Personen oder Tieren durch sie vollkommen ausgeschlossen ist. Die Hunde müssen bei Tag und bei Nacht angebunden oder so gesichert sein, daß sie nicht entlaufen können, oder einen sicheren, das Beißen verhindernden Maulkorb tragen; bezw. sie müssen von erwachsenen genügend starken Personen an der Kette oder einer genügend starken Leine geführt werden, wenn sie sich auf der Straße, in öffentlichen Lokalen, offenen Höfen, Stiegenhäusern, Gärten und dgl. befinden. Es ist verboten, Hunde aus dem Bereiche der Stadt in andere Orte zu bringen. Die ausnahmsweise Bewilligung dazu erteilt bloß der Stadtmagistrat und nur dann, wenn vom amtlichen Tierarzte festgestellt wurde, daß sie vollkommen unverbädlich sind. Es ist verboten, Hunde in öffentliche Lokale (Gasthäuser, Kaffeehäuser, Geschäfte, Fleischläden, auf den Marktplatz, ins Theater) mitzunehmen. Jede verdächtige Erkrankung eines Hundes oder einer Katze ist sofort dem amtlichen Tierarzte zu melden. Der Wasenmeister hat den Auftrag, die Stadt abzugehen und alle ungenügend gesicherten Hunde festzunehmen, um sie sofort zu vertilgen. Die aufgegriffenen Hunde werden unter keiner Bedingung den Eigentümern zurückgegeben und diesbezügliche Gesuche nicht angenommen. Uebertretungen dieser Kundmachung werden nach den Bestimmungen des § 63 des angeführten Gesetzes bestraft.

**Saisonöffnung in Rogaska Slatina.** Aus dem Kurorte Rogaska Slatina wird uns geschrieben: Am 14. d. M. werden sich die Pforten der hiesigen Bäder und Hotels eröffnen, um den Gästen, die heuer hoffentlich zahlreicher als im vorigen Jahre unseren Kurort besuchen werden, Heilung und Verpflegung zu bieten. Die Kurhausrestauration und das Kaffeehaus, deren Führung auch in diesem Jahre in den bewährten Händen des Herrn M. Martinović, Pächters des Hotels Union in Celje, liegt, werden am gleichen Tage den vollen Betrieb wieder aufnehmen. Zur Eröffnungsfeierlichkeit, die im Kurrestaurant stattfinden wird, wird Herr Martinović sein im Hotel Union in Celje bestens eingeführtes und beliebtes Hausorchester mitbringen. Wer einen schönen Maiausflug machen will, veräume die Gelegenheit nicht und besuche unseren herrlichen Kurort.

**Option.** Wie aus Beograd berichtet wird, müssen alle Nichtslawen, die seit dem Jahre 1910 auf dem Territorium des jetzigen jugoslawischen Königreiches leben, bis zum 25. Juni l. J. ein Gesuch mit den erforderlichen Dokumenten einreichen, falls sie jugoslawische Staatsbürger werden wollen.

**Das staatliche Bergbauamt in Celje** soll, wie die Marburger Zeitung aus authentischer Quelle erfahren haben will, von Celje nach Maribor verlegt werden.

**Neue direkte Züge.** Mit 1. Juni werden zwei neue direkte Züge eingeführt werden, und zwar ein Expreszug Beograd-Budapest-Wien-München und ein Schnellzug Beograd-Budapest-Prag. Der erste Zug wird jeden Montag, Mittwoch und Freitag um 11:35 Uhr vormittags von Beograd abgehen, wo die Linien Athen-Prag und Konstantinopel-Wien an ihn Anschluß haben. In Wien wird er mit dem Orient-Expresz Bukarest-Wien-Paris und dem Expreszug Konstantinopel-München vereinigt. Der Gegenzug trifft Dienstag, Donnerstag und Samstag um 6:05 nachmittags in Beograd ein. Der Schnellzug Beograd-Prag wird Dienstag, Donnerstag, Samstag und Sonntag um 7:50 Uhr von Beograd abgehen und der Gegenzug Dienstag, Mittwoch, Freitag und Sonntag um 9:15 Uhr abends in Beograd eintraffen. Im Juli dürften beide Züge bereits täglich verkehren.



Das reinweisse Licht  
macht die gasgefüllte  
Osram-Nitra-Lampe  
zur bevorzugten  
Lichtquelle

**Der Ljubljanaer Ehemann** Josef Sinkovec soll vor einigen Tagen von Räubern überfallen worden sein, die ihm 7000 Kronen abnahmen. Da der Mann nicht auf der Polizei erscheinen wollte, kam die zu ihm und stellte fest, daß ihm außer einem tüchtigen Regenjammer nichts fehlte. Den Ueberfall erfand er, um vor seiner gestrengen Ehehälfte bestehen zu können.

**Doppelsprachigkeit in Serbien.** Einer Meldung der Ljubljanaer Jugoslavia zufolge verwendet das Postamt in Obrenovac noch immer den doppelsprachigen Poststempel mit der Aufschrift „Obrenovac“.

**Lehrmittel als Kriegsschädigung.** Im Unterrichtsministerium fand dieser Tage eine Konferenz der Sektionschefs statt, deren Aufgabe es ist, eine Liste von Lehrmitteln aufzustellen, die in Deutschland auf Rechnung der Reparationen für Volks- und Bürgerschulen bestellt werden sollen.

**Der Wert der deutschen Sprache.** Die tschechisch-nationalistische Prager Tribuna begrüßt es, daß in der Tschechoslowakei die deutsche Sprache als Pflichtgegenstand in den tschechischen Schulen und die tschechische Sprache in den deutschen Schulen eingeführt werden soll. Jeder, der mit jungen Absolventen der tschechischen Mittelschulen in letzter Zeit in Beziehung trat, sei traurig überrascht worden von ihrer fast völligen Unkenntnis der deutschen Sprache. Abgesehen davon, daß die deutsche Sprache eine Weltsprache ist, waren für diese Leute alle Quellen der deutschen Wissenschaft, Technik usw. verschlossen, ohne deren Kenntnis ein gebildeter Mensch der Jetztzeit nicht bestehen könne. Seinerzeit wurde das Lösungswort ausgegeben, an Stelle des Deutschen den Unterricht in der französischen Sprache einzuführen. Wenn auch die Bedeutung Frankreichs nicht unterschätzt werden dürfe, sei es doch sicher, daß in

der Welt die französische Sprache durch die englische und deutsche Sprache ersetzt werde. Das Französische werde allerdings dank seiner unähnlichen Feinheiten noch lange die Diplomatensprache bleiben, aber man lerne fremde Sprachen doch nur zum tatsächlichen Bedürfnis. „Geographisch, politisch und wirtschaftlich sind wir,“ sagt das Tschechenblatt, „im bedeutenden Maße an Deutschland gebunden und enge Beziehungen sind ohne Kenntnis dieser Sprache undenkbar.“

**Amerikanische „Unsterblichkeit“.** Die New Yorker Monatschrift Vanity Fair forderte zehn bekannte amerikanische Literaten auf, sich über die Bedeutung von 200 berühmten Persönlichkeiten zu äußern. Die Schätzung sollte durch das Vorzeichen Plus oder Minus erfolgen. Also sollte + 25 den Gipfel der Verdienstseite und — 25 das Gegenteil darstellen. Eine Null sollte bedeuten, daß die betreffende Persönlichkeit dem Kritiker unbekannt, gleichgültig oder sonst irgendwie noch nicht abschätzbar sei. In der Liste errang den ersten Preis der Unsterblichkeit Shakespeare, nämlich 22 $\frac{1}{2}$  von den möglichen 25. Ihm folgten Goethe, Anatole France, Beethoven, Nietzsche, Wagner, Leonardo da Vinci, Charlie Chaplin, Flaubert, Aristoteles, Plato, George Washington und Walt Whitman. Die Zahl der Berühmtheiten, die mit einem Minuszeichen versehen wurden, beträgt 56. Darunter Woodrow Wilson, Theodore Roosevelt, Walter Scott, de Valera, St. Paul, Bryan und Northcliffe. St. Augustin und Lenin figurieren in der Nullklasse.

**Ein Fall von unerhörter Gedächtniskraft.** In der Aprilsitzung der Berliner meteorologischen Gesellschaft gab ein Beamter der Preussischen Staatsbibliothek, Licentiat D. Schrader, den versammelten Fachmännern auf dem Gebiete der Wetterkunde eine verblüffende Probe seines fabelhaften Gedächtnisses für die Witterungsvorgänge in Berlin seit dem Jahre 1885. Auf die zahlreichen Fragen, die von den verschiedensten Seiten an ihn gestellt wurden, konnte er sofort, ohne sich zu besinnen, den Wochentag des genannten Datums, die Mondkonstellation und den Verlauf der Witterung bis in die kleinsten Einzelheiten, wie z. B. Art der Bewölkung, Zeit etwaiger Regen- und Schneefälle, ziffermäßige Angaben der Lufttemperatur usw. aufzählen. So antwortete er, um nur ein Beispiel anzuführen, auf die Frage nach dem Wetter am 18. April 1909: „Sonntag. Sehr schöner, sonniger Tag. Recht warm. 21 Grad. Gegen Abend Bewölkung und dann Gewitter, das bis zum nächsten Tage dauerte.“ Das recht lebhaftes Kreuzverhör, in das ihn die Meteorolo-

logen, mit den Listen ihrer Wetteraufzeichnungen in der Hand, nahmen, zeitigte keinen einzigen Verfall und endete mit rückhaltloser Anerkennung und Bewunderung. Ferner wurden auch Schilderungen des Witterungsverlaufes einer fortlaufenden Reihe von Tagen verlangt, z. B. für die letzte Novemberwoche 1890, die Schrader durchaus zutreffend folgendermaßen beantwortete: „23. Sehr schlecht (Totensonntag), es hat fast dauernd geregnet. Barometer ging sehr tief. — 24. Sehr schlecht, Schnee und Regen zusammen und Sturm. — 25. Früh trat eine Wendung ein, leichter Frost, 4 Grad, klarer Himmel. — 26. Sehr klare Nacht. Vormittags wolkig mit leichtem Schneefall. Temperatur — 8 bis — 9 Grad. Der Abend ganz klar, die Temperatur geht auf — 10 Grad herunter und hielt sich zwischen — 9 und — 10 Grad bis zum 27. — 28. War eigentlich ganz klar, schöner Mondschein. Die Kälte ließ etwas nach. — 29. und 30. Trübe bei immer nachlassendem Frost, — 4 bis — 9 Grad.“ Das Wettergedächtnis umspannt einen Zeitraum von insgesamt 14.000 Tagen und der Fall wird für Menschen mit normalem Gedächtnis dadurch noch rätselhafter, daß Herr Schrader die Wettervorgänge nicht etwa aufgezeichnet, sondern seit seinem zehnten Lebensjahre im Gedächtnis behalten hat. Seine Erinnerung knüpft vor allem an die Mondstellungen an, die er im Geiste kalenderartig vor sich sieht.

**Die Frauen im tschechischen Staatsdienste.** In der Tschechoslowakei sollen Frauen in Zukunft in den Ämtern an zweite Stelle gesetzt und nur als Hilfskräfte verwendet werden. Im allgemeinen sollen Frauen zum Kanzleibienste nur dort zugelassen werden können, wo es keinen qualifizierten männlichen Bewerber gibt, beziehungsweise wo ihre Zahl unter fünf Sechstel der systemisierten Stellen gesunken ist. Ueberdies können Frauen in Beamtenstellen nur dann eingesetzt werden, wenn sie sich schriftlich verpflichten, daß sie sich allen künftigen Vorschriften, durch die das Dienstverhältnis der Frauen bei den Behörden geregelt wird, fügen.

**Der Holländer in Prag.** In der Prager Bohemia schreibt ein Prager: Gestern sprach mich ein sehr gut aussehender Herr an. Auf Englisch. Er wollte allerlei wissen und ich radebrachte ihm die Antwort, so gut es gehen wollte. Einmal streute ich aus Verlegenheit um den englischen Ausdruck ein deutsches Wort ein. „Oh, Sie sprechen Deutsch,“ fing sofort der vermeintliche Engländer mich ab. „Da können wir ja Deutsch sprechen.“ Und es ergab sich, daß der Engländer ein Holländer war, der tschechisch nicht konnte und deutsch zu reden sich nicht mehr getraute, weil er, namentlich mit den Straßenbahnschaffnern, in den zwei Tagen seiner Anwesenheit schlechte Erfahrungen gemacht hatte. „Man glaubt hier,“ meinte er, „daß wir Fremden erst Tschechisch lernen sollen, ehe wir nach Prag reisen. In meiner Heimat würde man niemand zumuten, wegen ein paar Wochen Studienaufenthalt Holländisch zu lernen. Dazu kennen wir den kleinen Wirkungsbereich unserer Sprache zu gut. In Holland spricht auch nach dem Krieg jedermann gern Deutsch mit Fremden.“ Da gab ich ihm den guten Rat, auch fernerst in englisch oder französisch anzufangen; dann nämlich pflegt man sich immer gern auf Deutsch zu einigen.

Die Firma Champagner- und Weinkellereien Clotar Bouvier in Gornj-Radgona akzeptiert per 15. Juni d. J. ein der slovenischen und deutschen, womöglich auch der kroatischen Sprache in Wort und Schrift vollkommen mächtiges **Fräulein als Kontorbeamtin.**

Dieselbe muss längere Praxis im Bürodienst nachweisen, für deutsche und slovenische Korrespondenz, alle buchhalterischen und sonstigen Kontorarbeiten gut verwendbar sowie flinke Stenographin und Maschinenschreiberin sein. Anbote mit bisherigen Tätigkeitsnachweis und Angabe der Gehaltsansprüche bei freier Wohnung und Verpflegung im Hause richtet man an obige Firma.

## Kistentischler

wird zur Erzeugung einer grösseren Partie Kisten gesucht. Anzufragen bei F. Turin, Gosposka ulica 22.

## Heilpflanzen

aller Arten (Lindenblüten, Fliederblüten, Kamillen, Laubwerk, Wurzeln etc.)

kauft und Sammelanweisungen erteilt die Firma

**G. HOFFMANN & Co.**  
Maribor, Kopitarjeva ul. 11.

Filialen: Veliki Bečkerek (Banat),  
Dresden A Serrestrasse 5, Timisoara  
(Rumunia) i Balmazujvaros (Madjarska).

## Wein

Offerierte prima Vrsacer Gebirgsweine, 10 bis 11prozentig, je nach Qualität, zum Preise von 13 K bis 15 K per Liter, garantiert naturreine Produzentenweine. Besorge den kommissionsweisen Einkauf direkt vom Produzenten. **Karl Taler**, Weinproduzent und Weinkommissionär, Vrsace, (Banat SHS), Wilsongasse 4. Telephon 146.

## Kassierin

ehrlich, fleissig, verlässlich, der slovenischen u. deutschen Sprache mächtig, wird für ein Manufakturgeschäft der Firma Josip Šusterič, Maribor, Glavni trg 17, mit voller Verpflegung und Wohnung sofort aufgenommen. Offerte nebst Photographie an obige Firma zu senden.

## Schiffsmaschinist

derzeit schon längere Zeit in Dampf- und Sägemühle beschäftigt. Auch für alle Reparaturen, wünscht seinen Posten zu ändern. Gefällige Anträge unter „Maschinist“ Gaisser's Annonzenbüro, Maribor.

## Einladung

zu der Freitag den 26. Mai 1922 um 8 Uhr abends im Meisterrzimmer des Hotel Union in Celje stattfindenden

## Ordentlichen Vollversammlung der Vereinsbuchdruckerei Celeja.

Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht und Genehmigung des Rechnungsabschlusses. 2. Satzungsänderungen (§§ 12, 17, 27, 28, 29, 30, 32). 3. Neuwahl des Ausschusses. 4. Allfälliges. Sollte die Versammlung nicht beschlussfähig sein, so findet die neuerliche Versammlung am gleichen Tage, am gleichen Orte, mit der gleichen Tagesordnung um 1/9 Uhr abends statt, die bei jeder Stimmenzahl beschlussfähig ist. (§ 16 der Satzungen.)

Der Vereinsausschuss.